

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Hausbesuchen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Zugleich Abnahme des „Wochenblattes für Wilsdruff u. Umgegend“ 10 Pf. Alle Postanordnungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. In allen größeren Städten, Städten oder sonstigen Orten sind Agenturen bestellt. In allen anderen Orten sind Agenturen zu bestellen. Die Geschäftsstelle ist auch die Geschäftsstelle für die Abnahme der Zeitung. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abkündigung einzelner Abonnements erfolgt nur, wenn Notice beisteht.

Abgabeort: Die Geschäftsstelle Wilsdruff 20 Wilsdruffer Straße, die 4. gestrichelte Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer Straße, die 3. gestrichelte Zeile im täglichen Teile 130 Wilsdruffer Straße. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist auch die Geschäftsstelle für die Abnahme der Zeitung. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abkündigung einzelner Abonnements erfolgt nur, wenn Notice beisteht.

Nr. 52. 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 3. März 1927

Wirtschaftsgefundung?

Gewiß, wir bleiben nicht stehen. Täglich wird Neues geboren, Neues erfunden und geschaffen im rasenden Lauf der Gegenwart, überflutet sich Erfindung auf Erfindung, wird hinter den Kulissen die stille, aber um so schwerere Arbeit der Modernisierung und Rationalisierung unserer wirtschaftlichen Unternehmen geleistet. Hier ist Stillstand nichts anderes als schneller Rückschritt —, aber kommen wir auch vorwärts?

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber bejaht das im Hauptauschuß des Preussischen Landtages und verweist dabei auf die unläugbaren Fortschritte in der Elektrizitätsindustrie und -versorgung, Fortschritte, die ihre Ursache nicht bloß in neuen Anschlüssen, sondern vor allem in der steigenden Konjunktur hätten. Er verweist darauf, welche ungeheuren Ersparnisse in der Wirtschaft es bedeuten würde, wenn erst durch die Ferngasversorgung alle jene Gase nutzbar gemacht würden, die bisher nutzlos in die Luft geblasen werden. Er verweist auf die Fortschritte, die das Luftverkehrswesen im vergangenen Jahre gemacht hat, auf die Pläne, die hierfür noch der Ausführung harren. Aber er gleicht dann doch selbst ziemlich viel Wasser in den brausenden Wein seines Optimismus. Gewiß ist es richtig, daß die Zahl der Konkurse, der Geschäftsaussichten ebenso zurückgegangen ist im vergangenen Jahr wie die der Sturzarbeiter, aber als drohendes Gespenst reißt sich die Erwerbslosigkeit ziffer hoch und wirft einen dunklen Schatten auf unsere wirtschaftliche Entwicklung. Gewiß sind die Kreditverhältnisse besser geworden, ist während des Jahres 1926 der Reichsbankdiskont von 9 auf 5 % gesunken —, aber das Hauptproblem des Tages, die Stärkung der Kaufkraft des Binnenmarktes, ist noch weit entfernt von jeder Lösung.

Dem gerade hierfür ist die Höhe der Erwerbslosenlöhne entscheidend; ihr beizukommen wird der Versuch gemacht auf dem Wege der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitszeitgesetzes. Diese will in nicht bloß sozialpolitische Zwecke verfolgen, die Erwerbslosenunterstützung durch sozial-ethische Abteilungen erwidern und innerlich heben, sondern als nicht minder wichtiges Ziel ist dabei die Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten durch Vergabe von Darlehen und Zuschüssen ins Auge gefaßt. Ebenso soll beim Arbeitszeitgesetz durch Herabsetzung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen herabgedrückt werden. Freilich wird bestritten, ob dies der richtige Weg sei, weil man in Arbeitgeberkreisen damit rechnet, daß dadurch eine Verteuerung der Produktion eintritt. In den nächsten Tagen beginnen ja hierüber wieder die Beratungen der Regierungsparteien im Reich. Wichtig ist die Erklärung der preussischen Regierung, sie stehe auf dem Standpunkt, daß der Achtstundentagsarbeitstag als der Normalarbeitstag wieder stärker betont werden müsse. Das schließt aber nicht etwa aus, daß länger gearbeitet werden müsse, wo die wirtschaftliche Notwendigkeit dies erfordere. Hier wird also auch von amtlicher preussischer Seite der schematische Achtstundentagsarbeitstag abgelehnt, den es ja auch nirgends gibt, außer in Deutschland. Ein Einwurf des preussischen Ministers gegen das vorgeschlagene Arbeitszeitgesetz ist beachtlich: nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Angestellten müssen einen 25-fachen Lohnaufschlag erhalten, wenn von ihnen überstunden verlangt werden; aber notwendig ist solche Einwilligung in die Leistung von Überarbeit im Bedarfsfälle ebenso wie dann die Zahlung einer höheren Entlohnung. Auch das sei ein Mittel, so meinte der Minister, die Kaufkraft der Massen zu heben.

Dr. Schreiber hat freilich mit seiner Hoffungsfreudigkeit ein nicht gerade sehr starkes Echo gefunden. Nur langsam, so wurde in der Diskussion ausgeführt, gehe der Gesundungsprozess vorwärts, und immer wieder kommt man, genau so, wie der Minister es tat, auf die Wichtigkeit stärkerer Förderung des Wohnungsbaues zurück. Nicht bloß, um Wohnungen zu schaffen, sondern, weil das Baugeschäft eine der wichtigsten „Schlüssel“-industrien ist, weil ein Aufblühen dieses Gewerbes ungeheuer befruchtend wirkt auf eine große Reihe anderer Industrien. Vielfach ist getadelt worden, daß sich die öffentliche Hand immer tiefer in die Privatwirtschaft hineinmische.

Wieder keine übertriebenen Hoffnungen also hinsichtlich der Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens, sondern kühles und hares Beobachten, dann aber — die Armet aufgetrempelt!

Das deutsche Eupen-Malmedy.

Unbekannte Gemeinderäte. Wie hart der deutsche Geist in den von Belgien annektierten Gebieten von Eupen und Malmedy ist, geht aus dem folgenden Bericht hervor, der die Lage in diesem bestrittenen Gebiet sehr gut charakterisiert. In der Gemeinde Malmedy, dem noch am meisten nach Belgien zugehörigen Ort, hat der Gemeinderat gegen den Beschluß, wonach das Denkmal für die im Kriege gefallenen deutschen Soldaten nach einer anderen Stelle verlegt werden sollte, Einspruch erhoben und gleichzeitig beschlossen, daß die von dem Denkmal

Ministerzusammenkunft in Genf.

Seheimansprache über die Rheinlandräumung.

Stresemann, Briand und Chamberlain auf der Ratstagung.

Am der am nächsten Montag in Genf beginnenden Tagung des Völkerbundes werden, wie nunmehr feststeht, auch Briand und Chamberlain teilnehmen. Die beiden Außenminister haben sich zu dieser Teilnahme eudgünstig entschlossen, um Dr. Stresemann gegenüber, der zum erstenmal als Präsident der Tagung fungieren wird, hierdurch einen Höflichkeitsschritt zu erweisen. In einem Scheinbar von amtlicher Seite inspirierten Artikel weist das Pariser Blatt „Petit Parisien“ darauf hin, daß in Genf auch diesmal hinter den Kulissen sehr wichtige Privatbesprechungen zwischen Briand, Stresemann und Chamberlain geführt würden, wie dies bei den letzten Tagungen bereits zu einer Gewohnheit geworden sei. In der französischen Presse wird weiter erklärt, daß es sich bei diesen Privatbesprechungen hauptsächlich um die Räumung des Rheinlandes handeln wird.

Die offizielle Tagung der Ratstagungen selbst sei, schreibt der „Petit Parisien“, so wenig umfangreich, daß ein Maximum von sechs Tagen zu ihrer Erledigung genügen könne. Nur zwei wichtige Fragen seien zu behandeln: die Saarfrage und die der deutsch-polnischen Beziehungen in Oberschlesien. Frankreich habe sich bereits am 18. März des vorigen Jahres prinzipiell bereit erklärt, seine Truppen aus dem Saargebiet zurückzuführen, wenn auf irgendeine andere Weise die Eisenbahnverbindung zwischen dem französischen Mutterlande und den Wehrmachtstruppen im Rheinland hergestellt werde. Man könne hoffen, daß das Mehrheitskommissariat der Regierungskommission — Schaffung einer internationalen Bahnschutztruppe von 800 Mann — in Genf Blümpung finden werde.

Tagung der Abrüstungskonferenz.

Die Reuter meldet, wird die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz am 21. März zu ihrer zweiten Tagung in Genf zusammenzutreten. Man rechnet damit, daß diese Beratungen mehrere Wochen dauern werden. Hinsichtlich des Abrüstungsvorschlags des Präsidenten Coolidge wird allgemein angenommen, daß erst gegen Ende des Sommers eine ernsthafte Erörterung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan möglich sein wird. Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte die Bereitstellung von Mitteln für die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Genfer Abrüstungs- und Wirtschaftskonferenz.

Die deutsche Delegation.

Die deutsche Delegation für die Märztagung des Völkerbundes wird am Freitag nach Genf abreisen. Die Delegation wird von Ministerialdirektor Gans und Geheimrat v. Wulow geleitet. Außerdem gehören ihr folgende Herren an: Geheimrat Justiz als Referent für Polen, Legationsrat Voigt für das Saargebiet, Geheimrat Semmen für Wirtschaftsfragen, Gesandter Freitag für Minderheitenfragen, die Legationsräte Volke und Redl

hammer. Ihnen wird sich der übliche technische Beamtenstab anschließen. Reichsaussenminister Stresemann und Staatssekretär v. Schubert werden sich am Sonnabend vor San Remo aus gemeinsam zur Ratstagung begeben.

Reichskanzler Marx über Presse und Politik.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 2. März. Auf dem heutigen Abend der Deutschen auswärtigen Presse hielt Reichskanzler Marx eine Rede, in der er eingehend auf die Aufgaben der auswärtigen Presse und der neuen Reichsregierung einzog.

Reichskanzler Marx betonte, daß es Aufgabe der Berliner Vertreter der auswärtigen Presse sei, politische Rivalen zwischen der Reichshauptstadt und den einzelnen Teilen des Reiches zu sein. Er sei somit ein wichtiges Bindeglied zwischen Heimatkreis und Hauptstadt. Leider würde bei uns diese Heimatpresse übersehen und nur zu oft vergessen, daß sie ein wertvoller und wichtiger Bestandteil der öffentlichen Meinung in unserem Vaterlande sei. Zu der Bedeutung der neuen Regierung übergehend, betonte Reichskanzler Marx, daß man sich nicht scheuen dürfe, die gegenwärtige Regierung von vornherein den Stempel der Einseitigkeit aufzudrücken. Die Regierung würde in ihrer Arbeit kein anderes Ziel verfolgen, als es auch die vorhergehende Regierung getan habe, in deren Spitze er auch gestanden habe. Er sei der Überzeugung, daß der Regierung Grundlagen gegeben seien, die sachlicher Kritik wohl stand zu halten verständen und die den ernsten Willen zeigten, dort in logischer Entwicklung anzuknüpfen, wo die vorhergehende Regierung ausfallen mußte. Die deutsche Republik solle ihr Leben erneuern und Kraft schöpfen aus echter, tiefempfunder nationaler Gesinnung. Sie solle eine lebendige soziale Gemeinschaft bilden und sich zu einer wahren demokratischen Volksgemeinschaft ausbauen und zu dem Augenblick überleiten, dessen Kommen in glücklicheren Zeiten wir alle herbeisehnen und in dem sich alle in der deutschen Republik wohl fühlten. Es sei unbedingt ein Fortschritt, daß wir uns in der letzten Zeit die unsachliche Polemik zum allgeringsten Teile in der Außenpolitik abgewöhnt hätten und die auswärtige Politik mit größerer Geschlossenheit und Einigkeit als ehedem bebandelten. Die Ausführungen des französischen Außenministers, die dieser vor der neuen Tagung des Völkerbundes gemacht habe, seien in Deutschland sehr sorgfältig beachtet worden. Wir freuen uns, daß er in seiner Erklärung an dem großen Ziele der Verständigung Deutschlands und Frankreichs gehalten habe. Auch auf unserer Seite sei von der neuen Regierung einmütig erklärt worden, daß deutscherseits an dieser Politik festgehalten werde. Wir hoffen, daß auf der anderen Seite in nicht allzuferner Zeit auch alle die Hindernisse aus dem Weg geräumt würden, die der Verständigung noch im Wege ständen. Auch die Stellung der deutschen Presse der zwischen England und Ausland aufstrebenden Schwierigkeiten werden von der Reichsregierung gebilligt und mit Recht werde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingen möge, die zwischen den beiden Staaten entflammenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Deutschlands Haltung sei klar gegeben. Sie sei festgelegt durch die Verträge von Locarno und den Berliner Vertrag. An dieser Grundlagel würden wir festhalten.

Das amerikanische Staatsdepartement lehnte es ab, einen Kommentar zu der Meldung aus Mexiko zu geben, daß eine Note von ungewöhnlicher Bedeutung an die mexikanische Regierung gerichtet worden sei, bemerkte jedoch, daß die Ollandstreitfrage darin nicht berührt worden sei.

Die Union Central von Südamerika und den Antillen, eine Organisation, die in der letzten Zeit gegen die Vereinigten Staaten in Lateinamerika arbeitete, hat ein Manifest ausgedrückt, das zum sofortigen Boykott der Vereinigten Staaten auffordert.

Das englische Grubenunglück.

Die Rettungsarbeiten dauern an. Nach den letzten Nachrichten von Ebbevale in Wales, wo das furchtbare Bergwerksunglück sich ereignete, konnten, nachdem das Bergwerk frei von Gasen war, die Rettungsarbeiten wieder aufgenommen werden. Man macht Versuche, zu den durch Explosion Eingeschlossenen vorzubringen, doch glaubt man nicht, daß noch einer von ihnen am Leben ist. Sollte dies zutreffen, würde die Zahl der Toten 70 betragen. In einem Schacht wurden 23 Mann gefunden, von denen nur noch zwei lebten. In mehreren Fällen fand man zwei Männer mit umeinander geschlungen Armen. Vermutlich hatte einer versucht, den anderen zu retten und war dann selbst den Gasen erlegen. Nach den Berichten Geretteter verspürten sie plötzlich Gasgeruch, fingen an zu laufen und verloren dabei das Bewußtsein. In zwei Fällen sind Männer, die sich schon gerettet hatten, am Rande der Grube umgekehrt, um ihre Kameraden zu retten, und sind dabei umgekommen. Der englische König

Neue amerikanische Note an Mexiko.

Aufforderung zum Boykott amerikanischer Waren. „Associated Press“ meldet aus der Stadt Mexiko: Eine ungewöhnlich wichtige Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten an die mexikanische Regierung, über deren Inhalt nichts veröffentlicht worden ist, wurde von dem ersten Sekretär der amerikanischen Botschaft, Lane, dem mexikanischen Auswärtigen Amt übermittelt. Wie Reuter aus Washington meldet, soll die amerikanische Note an Mexiko in keiner Beziehung zu der Streitfrage über die mexikanische Öl- und Landgesetzgebung stehen. Es werde in Washington vermutet, daß die Note die Frage der Anwendung der neuen mexikanischen Gesetzgebung zur Regelung der Geschäfte ausländischer Versicherungsgesellschaften betrifft.